

Datenschutzerklärung von Niklas Marwedel Datenverarbeitung im Insolvenzverfahren

Nachstehend informiere ich Sie gemäß Art. 13, 14 DSGVO über die Verarbeitung von *personenbezogenen Daten*, mithin allen Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person („betroffene Person“), Art. 4 Nr. 1 DSGVO beziehen, im Rahmen eines Insolvenzverfahrens.

Identität des Verantwortlichen:

Niklas Marwedel als gerichtlich bestellter Insolvenz Sachverständiger bzw. (vorl.) Insolvenzverwalter/
Sachwalter oder Treuhänder
Alstertor 9
20095 Hamburg
E-Mail: info@sjpp.de

Kontakt Daten des Datenschutzbeauftragten:

Schmidt-Jortzig Petersen Penzlin Insolvenzverwaltung Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB
z.Hd. des Datenschutzbeauftragten
Alstertor 9
20095 Hamburg
E-Mail: datenschutzbeauftragter@sjpp.de

Verarbeitungszwecke und Rechtsgrundlage:

In Insolvenzverfahren werden von mir im Rahmen meiner Tätigkeit als gerichtlich beauftragter Insolvenz Sachverständiger, (vorläufiger) Insolvenzverwalter, (vorläufiger) Sachwalter oder Treuhänder (nachfolgend: „**Amtsstellung**“) personenbezogene Daten von den Verfahrensbeteiligten verarbeitet.

Die Datenverarbeitung in diesem Zusammenhang erfolgt zur Erfüllung des mir jeweils erteilten gerichtlichen Auftrags bzw. zur Erfüllung der mir nach der Insolvenzordnung und weiteren Gesetzen in der Amtsstellung obliegenden Aufgaben im Rahmen der mir gesetzlich bzw. kraft gerichtlichem Beschluss eingeräumten Befugnisse.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Rahmen des Insolvenzverfahrens ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO. Die Datenverarbeitung erfolgt darüber hinaus ggf. auf Grundlage des berechtigten Interesses nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO, den mir erteilten gerichtlichen Sachverständigenauftrag bzw. die mir obliegenden Aufgaben als (vorläufiger) Insolvenzverwalter, Sachwalter oder Treuhänder zu erfüllen, oder – im Fall der Einwilligung der betroffenen Person – auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO.

Datenkategorien und Datenherkunft:

Verarbeitet werden nachfolgende Kategorien von Daten: Stammdaten, Kommunikationsdaten, Vertragsdaten, Forderungsdaten, Zahlungsinformationen, Wirtschaftsdaten und Bankdaten. Die Daten aus den genannten Datenkategorien wurden mir von Ihnen selbst bzw. dem Insolvenzschuldner oder Dritten (z.B. Steuerberater des Insolvenzschuldners, Einwohnermeldeamt, Sozialversicherungsträger) übermittelt.

Empfänger:

Im Rahmen der Bearbeitung des Insolvenzverfahrens werde ich personenbezogene Daten an das jeweilige Insolvenzgericht und, sofern dies zur Verfahrensbearbeitung erforderlich ist, ggf. an folgende Kategorien von Empfängern übermitteln: Insolvenzgläubiger, Mitglieder eines Gläubigerausschusses, Behörden, Gerichte, Rechtsanwälte, Banken, Dienstleister (insbesondere sachverständige Be- und Verwerter, Personal- und Lohnbuchhaltungsbüros, Anbieter von gerichtskompatibler Verfahrenssoftware, Kassen- und Rechnungslegungsprüfer).

Eine Übertragung von Daten in Drittländer findet nicht statt.

Erfordernis oder Pflicht zur Bereitstellung von Daten:

Insolvenzschuldner (bzw. organschaftliche Vertreter oder Angestellte, vgl. § 101 InsO) sind gemäß § 97 InsO zur Auskunft und Mitwirkung im Insolvenzverfahren verpflichtet. Diese Pflichten können mit Mitteln gemäß § 98 InsO durchgesetzt werden. Gemäß § 20 Abs. 1 S. 2 InsO gelten diese Bestimmungen – in gewissem Umfang – auch für das Insolvenzeröffnungsverfahren.

Keine automatisierte Entscheidungsfindung (einschl. Profiling):

Eine automatisierte Entscheidungsfindung (einschl. Profiling) findet nicht statt.

Dauer der Speicherung:

Eine Löschung bzw. Sperrung der personenbezogenen Daten erfolgt jeweils, sobald diese zur Erfüllung der oben genannten Verarbeitungszwecke nicht mehr erforderlich sind, in der Regel daher mit Abschluss des Insolvenzverfahrens, sofern nicht gesetzliche oder sonstige Bestimmungen die weitere Speicherung der Daten erforderlich machen.

Rechte der betroffenen Person:

Ihnen stehen als betroffene Person bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte zu: Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO), Recht, Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen (Art. 7 Abs. 3 DSGVO). Sie haben zudem gemäß Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei der Aufsichtsbehörde zu beschweren, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt.